

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington



Sanktionen gegen den Iran

Eine wirksame Maßnahme?

Nicole Wynands



Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-464-5840
Fax. 202-464-5848
Office@kasusa.org
Www.kasusa.org
www.kas.de

Ungeachtet der verschärften Tonlage im Atomstreit mit dem Iran will die Regierung in Teheran an ihrem umstrittenen Uran-Anreicherungsprogramm festhalten. Die Produktion von angereichertem Uran ist nicht nur als Brennstoff für Atomreaktoren geeignet, sondern auch für den Bau von Atombomben.¹

Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte vor wenigen Wochen, dass „niemand möchte, dass die iranische Regierung Atomwaffen“ besäße, dass aber „eine militärische Lösung vom Tisch“ sei, da die Welt gesehen hätte, „dass diese Lösung unwirksam“ wäre.²

Nach Ansicht des US-Nahostexperten Patrick Clawson³ sind wirtschaftliche Sanktionen die beliebteste Lösung bei europäischen Diplomaten, auch wenn es die unwirksamste Möglichkeit darstelle. Deutsche, französische und britische Diplomaten (EU-3) sollen demnach darüber beraten haben, den UN Sicherheitsrat einzuschalten um den Iran zurück an den Verhandlungstisch zu bekommen und notfalls wirtschaftliche Sanktionen einzuleiten, wenn der Iran sein atomares Programm nicht still legen sollte. Dr. Kim R. Holmes⁴, Experte der konservativen Heritage Foundation, fragte sich sogar in einem kürzlich veröffentlichten Artikel, ob die EU-3 Verhandlungen vorrangig dazu gedacht seien, die Vereinigten Staaten davon abzuhalten, militärisch gegen den Iran vorzugehen, und nicht dazu, den Iran wirklich zu entwaffnen.⁵

Als Bill Clinton vor zehn Jahren wirtschaftliche Sanktionen gegen den Iran verhängte, wäre das Land hoch verschuldet und abhängig von ausländischen Investoren gewesen. Heute verfüge der Iran aber über genügend Ressourcen, um sich nicht von Sanktionen umstimmen zu lassen.⁶

Allgemein hätten sich wirtschaftliche Sanktionen nicht als effektiv gegen gefährliche Regime erwiesen, da sie höchstens den Geldfluss in die Länder abschwächen konnten. Der Iran könne sich heutzutage aber seine teuren atomaren Programme aus eigener Tasche leisten. Zusätzlich würde die

¹ o.A.: „Iran hält an Programm zur Uran-Anreicherung fest - Aber Teheran dementiert Verhärtung der Fronten“, erschienen am 27.1. 2005, Quelle AFP:

http://www.antiatom.info/artikel_print.asp?nr=21113

² Clawson, P.: „The Worst Option“, erschienen am 16. August 2005 in New Republic Online, <http://www.washingtoninstitute.org/templateC06.php?CID=863>

³ Patrick Clawson ist stellvertretender Direktor des Wahington Institute for Near East Policy.

⁴ Dr. Kim R. Holmes ist der ehemalige Assistant Secretary of State of International Organizational Affairs, Vizepräsident der Foreign and Defence Policy und Direktor des Kathryn and Shelby Cullom Davis Institute for International Studies bei der Heritage Foundation

⁵ Holmes, Kim R.: „Iran: Don't Trust an Abuser with Nukes“, The Heritage Foundation, erschienen am 26. August 2005, <http://www.heritage.org/Research/MiddleEast/wm824.cfm>

⁶ Clawson, P.: „The Worst Option“, erschienen am 16. August 2005 in New Republic Online, <http://www.washingtoninstitute.org/templateC06.php?CID=863>

Weltwirtschaft durch steigende Ölpreise geschädigt, sollte es zu Sanktionen gegen den Iran kommen.

Eine Alternative zu Sanktionen könne Isolation in Kombination mit Eindämmungs- und Abschreckungsmaßnahmen sein, die sich schon im Kalten Krieg als wirksam erwiesen hätten, so Clawson. Als das politische und religiöse Staatsoberhaupt Irans, Ayatollah Ali Khamenei, im Oktober 2003 in einer gemeinsamen Initiative der USA und der EU konfrontiert wurde, legte er sein atomares Programm auf Eis.

Sollte die Iran-Problematik auf dem Tisch des UN Sicherheitsrates landen, würden Reiseverbote für iranische politische Schlüsselfiguren und ihre Familien, und der Ausschluss aus internationalen Sportwettbewerben drohen. Der Ausschluss von der Fußball Weltmeisterschaft, für die sich das iranische Team bereits qualifiziert hat, würde gerade junge Iraner veranlassen Druck auf ihre Regierung auszuüben, vermutet der Experte.

Zusätzlich könne die iranische Regierung durch Eindämmungs- und Abschreckungsmaßnahmen stärker in Bedrängnis geraten. Dabei könnten Hochtechnologie-Waffen an arabische Staaten im persischen Golf verkauft werden; oder alternativ könnten Europa und die USA öffentlich versprechen, dass jeder Staat, der sich vom Iran bedroht sieht, gemeinsam verteidigt wird.

Allerdings werde die staatliche Sicherheit des Irans auch durch sein eigenes atomares Programm gefährdet, so der Nahostexperte, da seine Beziehung zu reicheren arabischen Nachbarstaaten und der Türkei gefährdet werde.

Eine Eindämmungs- und Abschreckungsstrategie würde auch Irans Nachbarn, wie Saudi Arabien und die Türkei, zu denken geben, die bereits mit dem Gedanken gespielt hätten, eigene atomare Programme aufzubauen.

Zusammenfassend ist sich der Nahostexperte Patrick Clawson sicher, dass militärische Intervention oder wirtschaftliche Sanktionen unnötig seien, um den Iran von seinem atomaren Programm abzubringen, solange die USA, Europa und die persischen Golfstaaten Druck auf den Iran ausüben, indem sie zu verstehen geben, dass sie gewillt sind den Iran zu isolieren und abzuschrecken – so wie es der Westen vor Jahrzehnten mit der Sowjetunion gehandhabt habe.⁷

⁷ Clawson, P.: „The Worst Option“, erschienen am 16. August 2005 in New Republic Online, <http://www.washingtoninstitute.org/templateC06.php?CID=863>